

Newsletter Studierendearbeit der DGB-Jugend

Neustart fürs BAföG: DGB fordert Reform

Termine

+++ Die [DGB-Jugendbildungsstätte in Hattingen](#) bleibt bis mindestens Ende Februar 2021 geschlossen! +++

25. Januar 2021 Onlineveranstaltung [Digitalisierung und die Auswirkungen auf Studium und Lehre](#), Ausstrahlung auf [Youtube](#) (DGB, GEW und ver.di Baden Württemberg)

27. Januar 2021 Diskussionsveranstaltung zum Thema [gesellschaftliche Transformation](#) um 16:40 Uhr [online](#) (DGB Jugend Sachsen, studentische Umweltinitiative TU Dresden)

30. Januar 2021 Workshop [Holocaust Education](#) um 14 Uhr online (GEW Studis Bayern, GEW HSG Regensburg)

22. bis 24. Februar 2021 Qualifizierungsseminar [Mitbestimmung sichern! Qualifizierungsseminar für Hochschulpersonalräte 2021](#) in Fulda (GEW)

23. Februar 2021 Workshop [Rechte im Praktikum - Tipps für Studierende](#) um 17 Uhr online (DGB Jugend Sachsen, KOWA Leipzig)

26./27. Februar und 2. März 2021 Online-Workshop [Studieren... und dann promovieren?](#) (GEW)

07. bis 12. März 2021 Einführungsseminar [Arbeits- und Sozialrechtliche Anfangsberatung](#) für Studierende in Hattingen (DGB Jugend)

Veröffentlichungen

GEW

Studierendenzzeitung [read.me](#) - Die Kämpfe gehen weiter

IG Metall

Studierendenzzeitung [Schnittstelle](#) - Ausgabe Wintersemester 2020/21

Rechtsinfos (nicht nur) für die Beratung

COVID-19-Erkrankung bei der Arbeit oder in der Uni

Wer sich bei der Arbeit oder in der Hochschule mit dem Corona-Virus infiziert/an COVID-19 erkrankt, sollte dies bei der zuständigen Unfallversicherung als Arbeits- oder Wegeunfall bzw. Berufskrankheit anzeigen. Nicht nur die Leistungen sind hier besser als bei der gesetzlichen Krankenversicherung, auch über Spätfolgen ist bislang wenig bekannt. [Mehr beim DGB](#).

Corona-Update

Neues für jobbende Studierende mit Kind(ern): es wurde eine Erweiterung des Kinderkrankengelds (siehe [hier unter Nr. 3](#)) beschlossen. Auch bei den [Regelungen zur Regelstudienzeitverlängerung](#) gibt es Bewegung: Während einige Bundesländer noch immer nichts fürs Sommersemester 2020 beschlossen haben, haben andere bereits welche fürs Wintersemester 2020/21 getroffen. Weitere Infos findet ihr in unseren frisch aktualisierten [Corona-FAQs für Studierende](#).

Steuerliche Entlastung für Übungsleiter_innen und Ehrenamtliche

Noch kurz vor Ende des letzten Jahres hat der Bundestag eine Erhöhung der Übungsleiter_innenpauschale von 2.400 auf 3.000 Euro sowie der Ehrenamtpauschale von 720 auf 840 Euro im Jahr ab 2021 [beschlossen](#). Wer die Pauschale nutzen kann, könnt ihr [hier nachlesen](#).

Recht auf Homeoffice

Während sich noch immer viele Arbeitgeber_innen dagegen wehren, kommt nun mit der neuesten [Corona-Arbeitsschutzverordnung](#) zumindest übergangsweise ein Recht auf Homeoffice. Demnach müssen Arbeitgeber_innen ihren Beschäftigten bis zum 15. März Homeoffice ermöglichen, wenn es die Tätigkeit zulässt.

Materialien für die Beratung

Die Agentur für Arbeit hat neue Fachliche Weisungen zum [Brexit](#) und zum [erleichterten Zugang zu Sozialleistungen](#) sowie eine Übersicht über die Weisungen zum [Sozialschutzpaket](#) heraus gebracht.

Kurz zum Schluss

Neustart fürs BAföG

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften haben einen Katalog von [Anforderungen an die 27. BAföG-Reform](#) vorgelegt. Gefordert wird darin u.a. eine deutliche Erhöhung der Freibeträge, die Erhöhung des Grundbedarfssatzes um 150 Euro, die regelmäßige Anpassung der Freibeträge und Fördersätze sowie die Berücksichtigung von Wohnkosten analog der Wohngeldtabelle.

Permanent Jobs for Permanent Tasks

Increasing numbers of temporary contracts with shorter durations, longer and rockier career paths – these are problems that nobody can deny any more today. Sign now the petition [Permanent Jobs for Permanent Tasks](#).

Ordnungsrecht an Hochschulen in BaWü?

Trotz vehementer Proteste von Studierenden und Gewerkschaften in Baden-Württemberg ist die Wiedereinführung des Ordnungsrechts bislang nicht aus dem geplanten Hochschulgesetz gestrichen worden. "Wir können nicht verstehen, warum dieses Gesetz, das zum Ziel hat, politische Aktionen von Studierenden unter Strafe zu stellen, jetzt wieder eingeführt werden soll", sagt Janis Oksas, Vorsitzender der DGB

